

# grünes blatt

Oktober 2014 Nr. 4

## die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich  
Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51  
sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch  
Spendenkonto: PC 80-26744-4

**Aktuell** Kantonale Abstimmungen vom 30. November 2014 **Seite 3 & 4** – Flugplatz Dübendorf **Seite 5** – Fair Food Initiative **Seite 5** – Stadt Zürich **Seiten 6 & 7** – Grüne Winterthur **Seite 8** – Junge Grüne **Seite 9** – Martin Graf wieder in den Regierungsrat **Seite 10** – Social Media **Seite 11**

## Verkehrspolitische Zeichen

Dübi  
ohni  
Flugi!

Liebe Grüne, diesen Herbst setzen wir wieder verkehrspolitische Zeichen:

### Nein zur zweiten Gotthard-Strassentunnelröhre

Der Alpenschutzartikel der Schweizerischen Bundesverfassung verbietet seit 1994 den Ausbau von Transitstrassen und damit auch eine zweite Röhre. Immer wieder versucht die Autolobby, dieses Verbot zu umgehen. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene ist aber ein entscheidender Schritt hin zum umwelt- und sozialverträglichen Verkehr.

### Ja zum Tram Hardbrücke

Kürzere Reisezeiten und eine Entlastung des Tramnetzes um den Hauptbahnhof sind zwei der wichtigen Argumente für die neuen Gleise. Wenn mit der neuen Linienführung der Autoverkehr etwas behindert wird, wie von der SVP befürchtet, steigen vielleicht ein paar Leute mehr auf den öV um.

### Ja zum Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen

Der Bahnhof Stadelhofen ist an seine Kapazitätsgrenzen gestossen. Jede kleinste Störung wirkt sich auf das gesamte Bahnnetz aus. Es ist höchste Zeit, dass der Ausbau des drittgrössten Bahnhofs der Schweiz endlich vorangetrieben wird.

### Nein zum schleichenden Ausbau des Flugverkehrs

Last but not least unsere Petition «Dübi ohni Flugi»: Der Flugplatz Dübendorf darf nicht zu einem Mekka der Privatfliegerei werden! Die wertvolle Fläche muss als Naturraum erhalten bleiben.

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton



# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser

Am 30. November ist das Zürcher Stimmvolk gefordert: Allein auf eidgenössischer und kantonaler Ebene werden wir 6 Vorlagen im Stimmcouvert finden, dazu kommen je nach dem noch kommunale. Unsere Parolen zu den kantonalen Vorlagen: Hardbrücke-Tram, Klassengrösseninitiative und Bahnhof Stadelhofen, fassen wir an der Mitgliederversammlung vom 23. Oktober. Informationen und Argumente dazu finden sich bereits hier auf S. 3 & 4.

Auf nationaler Ebene ist immerhin schon eine Parole glasklar: Die Grünen Delegierten haben mit überwältigender Mehrheit die NEIN-Parole zur Ecopop-Initiative beschlossen.

Neben den Abstimmungen beschäftigen uns im Kanton momentan weitere Verkehrsthemen. Allen voran ist dies der Flugplatz Dübendorf. Der Bund möchte dort neben dem geplanten Innovationspark auch noch Flugbetrieb für Geschäfts- und Hobbyflieger ermöglichen. Das wäre nicht nur schlecht für die Natur, sondern auch eine Zumutung für die Bevölkerung, die den Fluglärm ertragen müsste. Deswegen wehren wir uns mit allen Mitteln dagegen, z.B. mit unserer Petition «Dübi ohni Flugli!».

## Unterschreibe auch du!

Mehr zum Thema findest du auf S. 5 – und auf unserer niegel-nagelneuen Website. Und die ist sowieso einen Besuch wert: [www.gruene-zh.ch](http://www.gruene-zh.ch). Wir freuen uns auf dein Feedback an [publikation@gruene-zh.ch](mailto:publikation@gruene-zh.ch).

**Ulla Blume**  
Parteisekretärin  
Grüne Kanton Zürich

# Stopp Laubbläser – wir bleiben dran

**Wer kennt ihn nicht – den Laubbläser vom Nachbarn? Ein absolutes Ärgernis: Bei jedem Wetter und zu jeder Jahreszeit ist er im Einsatz. Wir Grünen wehren uns dagegen.**

Ursprünglich entwickelt, um im Herbst die Blätter von Fusswegen und Strassen zu entfernen, ist der Laubbläser inzwischen zum ständigen Begleiter von Hauswarten und Strassenreinigern geworden. Alles wird geblasen, was sich bewegen lässt: Schnee aus der Garageneinfahrt, Grüngut nach Hecken- und Rasenschnitt, Sand zurück in den Sandkasten, Spinnweben an Gebäuden, Bierdosen aus der Hecke ...

Um Laub zu entfernen, reichen Besen und Rechen. In Beeten und unter Gebüsch soll es liegen bleiben: Laub versorgt den Boden mit Nährstoffen und schützt ihn vor Frost und Austrocknung und Vögel finden darin ihre Käfer und Würmer.

## Petition «Stopp Laubbläser»: Ziel noch nicht erreicht

Die AG Grünraum der Grünen Stadt Zürich hat im letzten Herbst die Petition «Stopp Laubbläser» mit über 4'300 Unterschriften eingereicht. Sie fordert, dass der Laubbläserinsatz auf die Monate Oktober und November beschränkt wird.

Die mutlose Antwort des Stadtrats sieht nur gerade vor, die professionel-

len Hauswartungen in einem Brief um einen restriktiven Laubbläserinsatz zu ersuchen. Eine rechtliche Einschränkung lehnt er ab. Immerhin hat der Gemeinderat eine gleichgerichtete Motion als Postulat überwiesen; nun liegt der Ball nochmals beim Stadtrat.

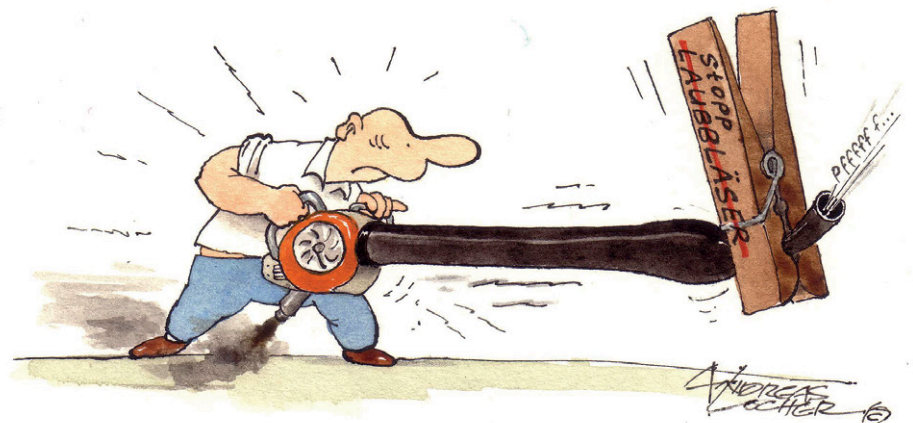
## Beharrlich bleiben

Es gibt gute Gründe, einen Verzicht auf Laubbläser zu fordern. Warum nicht mit einem Brief an die Hausverwaltung oder die Gemeinde gelangen? Je mehr Leute aktiv werden, desto eher wird etwas passieren. Die AG Grünraum hat Musterbriefe an Gemeinden und Hausverwaltungen formuliert, die auf [www.gruenezuerich.ch/laubblaeser](http://www.gruenezuerich.ch/laubblaeser) zu finden sind. Auch die Petition «Stopp Laubbläser» darf gerne für andere Gemeinden kopiert werden.

Solange sie dröhnen, solange bleiben wir dran!

Kathy Steiner, Kantonsrätin, Zürich 6/10

Musterbriefe und Petition auf: [www.gruenezuerich.ch/laubblaeser](http://www.gruenezuerich.ch/laubblaeser)



# Das Tram und die Grünen

**Am 30. November stimmen wir im Kanton Zürich über den Staatsbeitrag zum Hardbrücke-Tram ab. Bis auf die SVP hat die Vorlage keine Gegner – der Ausbau der Tramlinie nützt vor allem den PendlerInnen und hilft, den Modalsplit ein wenig vom Auto- zum Bahnverkehr zu verschieben.**

Im November können wir wiederum Geld ausgeben: 102 Millionen für eine Tramlinie über die Hardbrücke (vom Hardplatz zum Schiffbau) und 28 Millionen für neue Treppenabgänge in den Bahnhof Hardbrücke.

## Stadt und Bund beteiligen sich

Das Tram 8 über die Hardbrücke ist ein klassisches PendlerInnenprojekt, das daher sinnvollerweise zum grössten Teil vom Kanton Zürich finanziert wird. Die Stadt Zürich beteiligt sich aber immerhin mit 11,4 Millionen daran, der Bund hat 35% in Aussicht gestellt. Es bleiben also noch 76,4 Millionen, die der Kanton Zürich berappen muss.

Wahrscheinlich sind zwar die teuersten 700 Meter Tramlinie, die in Zürich je gebaut wurden. Das heisst allerdings nicht, dass es nicht noch teurer geht: 1 km Autobahn kostet in der Schweiz mittlerweile rund 200 Millionen. Die Grüne Fraktion hat dem Tramprojekt zusammen mit allen Parteien bis hin zur FDP denn auch ohne Murren zugestimmt.

## SVP aus Prinzip gegen ÖV

Die SVP hingegen ergreift fast schon planmässig gegen jedes öV-Projekt das Referendum, in diesem Fall gegen den Staatsbeitrag von 76,4 Millionen. Das ging im Kantonsrat bequem per Behördenreferendum.

## Grüne Argumente für das Tram

Doch wieso sind die Grünen für das Projekt? Es gibt tatsächlich gute Gründe, bei einem Ausbau der öV-Kapazitäten fröhlich mitzumachen, während bei einer Beschleunigung des öV eher Skepsis angebracht ist. Die Theorie dahinter ist etwas kompliziert und hat mit dem Time-Money-Travel-Budget der PendlerInnen zu tun. Die Quintessenz ist, dass ein Kapazitätsausbau zu einer Verschiebung des Modalsplits führt, also zu anteilmässig mehr Bahn- statt Autoverkehr. Eine Beschleunigung des Angebots führt hingegen eher zu mehr Verkehr generell, also mehr «Hüüsl» auf dem Land. Letzteres kann nicht im Interesse der Grünen sein, denn es bedeutet gleichzeitig einen höheren ökologischen Fussabdruck.

Beim Bau der neuen Tramlinie 8 bis ins Werdhölzli gibt es auch VerliererInnen. Diese wohnen in der Grünau (einem Teil meines Wahlkreises) und regen sich verständlicherweise darüber auf, dass sie in Zukunft keine direkte Verbindung mehr zum Hauptbahnhof haben werden, weil das neue Tram 8 das bisherige Tram 17 ersetzt.

## Nahverkehr, aber sinnvoll

Das Projekt ist also bei den Grünen (ausser denen aus der Grünau) unumstritten. Ich möchte jedoch die Gelegenheit

nutzen und hier etwas grundsätzlich Kritisches zum Thema Nahverkehr schreiben. Letzten Mittwoch hat mir eineR der VelobotschafterInnen aus den Niederlanden an den Kopf geworfen: «Ihr müsst unglaublich reich sein in der Schweiz, dass ihr in das ineffektivste aller Nahverkehrssysteme dermassen viel Geld investiert!» Was meint sie damit?

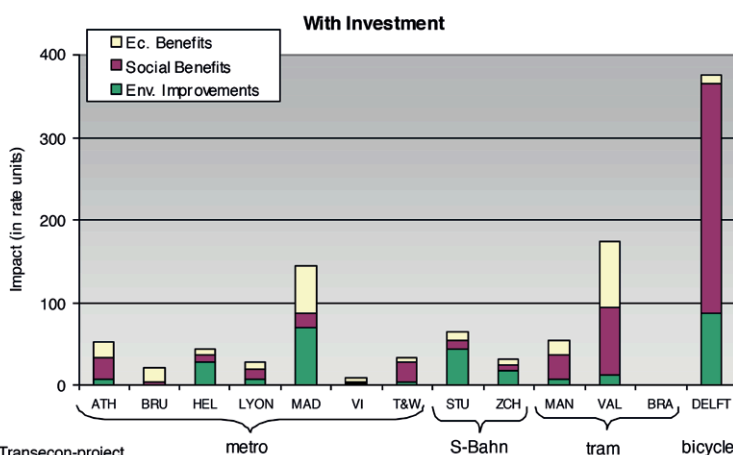
## Das Velo ist die Nummer 1

Die NiederländerInnen haben eine interessante Untersuchung gemacht: Sie haben den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltimpakt von Nahverkehrssystemen verglichen (Transecon Project 2014). Untersuchungsgegenstand waren Metro, S-Bahn, Tram und Velo. Ohne weiter auf die komplizierten Details einzugehen, kann das Resultat wie folgt zusammengefasst werden: Die drei öV-Kandidaten dümpeln etwa um einen Faktor 5 bis 20 hinter dem Velo hinterher, vor allem beim Sozial- und Umweltimpakt.

In den Niederlanden hält man daher auch nicht viel davon, öV für Distanzen von unter 5 Kilometern anzubieten – einfach, weil das ineffizient ist. Stattdessen wird für diese Distanzen in ein erstklassiges Velonetz investiert. Vielleicht sollten wir Grünen uns davon etwas stärker inspirieren lassen, wenn in Zukunft Tram- und Busnetze ausgebaut werden.

Matthias Probst, Gemeinerat, Zürich

## ROI: bicycle versus public transport



Source: Transecon-project

**Ein Kapazitätsausbau führt immer zu einer Verschiebung des Modalsplits. In diesem Fall zu mehr Bahn- statt Autoverkehr.**

# Bahnhof Stadelhofen: Wer soll das bezahlen?

Schon heute wirken sich die notorischen Störungen rund um den Bahnhof Stadelhofen regelmässig auf das ganze S-Bahn-Netz aus. Auf nur 3 Gleisen wird abgewickelt, wofür andere Bahnhöfe mit vergleichbaren Frequenzen bis zu 8 Gleise zur Verfügung haben. Die Notwendigkeit eines Ausbaus auf 4 Gleise mit neuem Riesbachtunnel ist mittlerweile unbestritten. Die Frage ist einfach, wer wann bezahlt.

Mit seiner Volksinitiative fordert der VCS Zürich, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat innert 18 Monaten nach Annahme eine kreditschaffende Vorlage für die bauliche Erweiterung der Gleisanlagen

des Bahnhofs Stadelhofen und der Strecke Stadelhofen–Tiefenbrunnen vorlegt. Mit der Annahme der FABI-Vorlage (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) haben sich die Spielregeln jedoch geändert. Der Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2025 der Eisenbahninfrastruktur führt den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen unter den Projektierungen auf, für die der Bundesrat der Bundesversammlung bis 2018 eine Botschaft über den Ausbauschritt bis 2030 vorlegen muss. Die Projektierung ist also gesichert und bereits in Arbeit.

Die Frage ist nun, ob es eine zusätzliche kreditschaffende Vorlage des Kantons für

den Bau braucht. Laut Eisenbahngesetz ist dies möglich, muss allerdings von Bundesversammlung und Bundesamt genehmigt werden. Der VCS und eine Mehrheit der Grünen Fraktion sind der Meinung, dass das Projekt Bahnhof Stadelhofen durch FABI zu wenig gesichert ist und der Kanton bis 2018 die Chancen mit einer kreditschaffenden Vorlage verbessern kann. Die Minderheit der Fraktion sieht ebenfalls Risiken bei der Finanzierung durch FABI. Angesichts der angespannten Finanzlage des Kantons will sie aber nicht im Voraus Geschenke nach Bern anbieten.

Röbi Brunner, Kantonsrat Grüne, Steinmaur

# Stärkung der Lehrpersonen in einem vernünftigen Mass

Am 30. November wird im Kanton Zürich über die EVP-Initiative «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen» abgestimmt. Dieses auch unter dem Namen «Klassengrösseninitiative» bekannte Volksbegehren verlangt eine absolute maximale Klassengrösse von 20 SchülerInnen. Die Grüne Fraktion im Kantonsrat fand diese Regel zu starr und hat deshalb zusammen mit der Mehrheit des Rats

einen Gegenvorschlag unterstützt, die Initiative aber abgelehnt.

## Kleiner Nutzen, hohe Kosten

Die Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass im Kanton Zürich etwa 1'300 neue Klassen gebildet werden müssten. Zum einen müssten dafür sehr viele neue Lehrpersonen gefunden werden, zum

anderen wären pro Jahr Mehrkosten von 120 Mio. Franken die Folge. Die Klassengrössen sind heute jedoch nicht problematisch. Im Durchschnitt hat eine Klasse im Kanton Zürich 20,8 SchülerInnen. Die Bildungsforschung hat zudem gezeigt, dass Klassengrössen von bis zu 30 SchülerInnen keine negativen Auswirkungen auf die Bildung oder das Wohlbefinden der Kinder haben. Grosse Klassen schaden also den Kindern nicht per se.

## Gegenvorschlag hilft konkret

Problematische Situationen kann es geben, wenn eine Klasse sehr gross ist und gleichzeitig grosse Unterschiede oder Konflikte innerhalb der Klasse bestehen. Hier setzt der Gegenvorschlag an. Es wird ein Pool von etwa 100 Lehrerstellen gebildet, der flexibel dort eingesetzt werden kann, wo es Probleme gibt. Dieser Vorschlag kostet vergleichsweise günstige 15 Millionen pro Jahr und löst Probleme dort, wo sie wirklich existieren.

Res Marti, Kantonsrat Grüne, Zürich 3/9



# Flugplatz Dübendorf: Keine Privatfliegerei auf Kosten der Natur

**Der Bund will auf dem Gelände des Flugplatzes Dübendorf Privatfliegerei ermöglichen und damit eine grosse ökologisch wertvolle Fläche zerstören und der Bevölkerung des Glattals, des Zürcher Oberlands und der Seegemeinden eine grosse Lärmbelastung zumuten. Ohne uns: Wir wehren uns gegen diese Pläne, unter anderem mit unserer Petition «Dübi ohne Flug!».**

Der Bund hat seine Pläne für die Nutzung des Flugplatzes Dübendorf veröffentlicht: Er will auf dem Gelände neben dem Innovationspark auch eine zivilaviatische Nutzung zulassen. Einmal mehr hat sich also die Fliegerlobby in Bern durchsetzen können. Mit bis zu 28'000 Bewegungen von Hobbyfliegern und Privatjets mitten im dicht besiedelten Glattal soll sie einen neuen, subventionierten Spielplatz erhalten. An schönen Wochenenden sollen die Flieger nach Belieben die Bevölkerung des Glattals, des ganzen Zürcher Oberlands und der Zürichsee-Gemeinden mit Lärm belästigen dürfen. Dafür soll in unmittelbarer Nähe zum Flughafen eine 4. Piste entstehen, die den Flugbetrieb erheblich stören und noch mehr verkomplizieren würde.

## Kernzone erhalten

Dabei ist der Flugplatz Dübendorf eine wertvolle Ressource: Er ist die grösste unüberbaute flache Fläche im Kanton Zürich, beinhaltet eine ungedüngte Trockenwiese, die noch nie beackert wurde (notabene die grösste solche Fläche im Kanton Zürich) und beherbergt eine

riesige nitratfreie Grundwasserreserve, aus der man die ganze Stadt Dübendorf mit Trinkwasser versorgen könnte. Die heutige Magerwiesenfläche wäre ein enormes Potenzial für Vogelarten der roten Liste wie Grauammer, Kiebitz und Co. Leider tötet heute der Natodraht am Zaun die Singvögel.

## Naturräume schützen

Deshalb finden wir Grünen: Mindestens die Kernzone des Flugplatzes muss als Naturraum erhalten bleiben, als kantonale Freihaltezone von nationaler Bedeutung. Dazu braucht es Auflagen für die landwirtschaftliche Nutzung der Fläche; Düngung und Trommelmäher müssen beispielsweise verboten werden. Zudem sollen auf dem Gelände Wildtierkorridore von den Schutzgebieten am Greifensee zu denjenigen im Wangener Wald geschaffen werden.

## Genügend Platz für Rega und Innovationspark

Der Rega-Heliport kann dabei bestehen bleiben. Auch den geplanten Innovati-

onspark kann man so umsetzen, dass die wertvolle Kernzone des Flugplatzgeländes nicht beeinträchtigt wird. Naturschutz, Schutz und Rettung und Bildung lassen sich auf dem Flugplatz Dübendorf gut nebeneinander realisieren – für die sinnlose Privatfliegerei dürfen daran keine Abstriche gemacht werden.

## Petition «Dübi ohni Flug!»

Deshalb werden wir Grünen jede zivilaviatische Nutzung auf der Piste des Flugplatzes Dübendorf entschieden bekämpfen, politisch wie auch juristisch. Dazu haben wir unter anderem die Petition «Dübi ohni Flug!» lanciert. Bis im Frühling wollen wir dafür mindestens 6'000 Unterschriften sammeln, so viele, wie es auch für eine kantonale Volksinitiative bräuchte. Unterstütze uns und unterschreibe auch du – auf dem beiliegenden Bogen oder online.

Ulla Blume, Parteisekretärin Grüne Kanton Zürich

Mehr zur Petition zum Thema:

[www.dübi-ohni-flugi.ch](http://www.dübi-ohni-flugi.ch)



# ZAB – nüchtern betrachtet

## **Pro:** **Personal schonen**

Am 30. November geht es darum, wie wir mit Personen umgehen, die viel zu viel Alkohol getrunken haben und zu einer Gefahr für sich selber oder für andere werden – das ist wichtig zu betonen, denn nur um solche geht es. Ohne die zentrale Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB) kommen diese Personen entweder in die Notfallstationen der Spitäler oder dann in die Zellen der Regionalwachen. Doch an beiden Orten sind sie falsch platziert.

Medizinische Notfallstationen sind überfordert mit aggressiven und renitenten Betrunkenen. Mehrere Personen müssen einen einzigen Betrunkenen ruhig stellen. Auf der Strecke bleiben die medizinischen Notfälle. Und in den Zellen auf den Polizeiwachen müssten PolizistInnen ohne medizinische Kenntnisse die Verantwortung für berauschte Personen übernehmen – unmöglich. Sowohl die Verbände des Gesundheitspersonals, der SpitalärztInnen als auch der PolizistInnen setzen sich deshalb dezidiert für die ZAB ein.

In der zentralen Ausnüchterungszelle wird dafür gesorgt, dass Betrunkene versorgt werden, ohne dass sie sich selber etwas antun können und dass sie auch keine Gefahr für andere mehr darstellen. Nun werden für einen Aufenthalt in der ZAB auch Gebühren in Rechnung gestellt. Die jetzt vorgeschlagenen Gebühren stellen einen allseitigen Kompromiss dar. Sie sind ein Beitrag daran, dass die

StadtzürcherInnen einmal mehr für Zentrumsleistungen aufkommen müssen und sie sind auch gerechtfertigt, weil über 60% der KlientInnen von ausserhalb kommen, mit ihren Steuergeldern also rein gar nichts an den Betrieb der ZAB beisteuern.

Die ZAB erspart uns Betrunkene auf ungeeigneten Regionalwachen und ermöglicht dem Personal in den Notfallstationen, das zu tun, was in unser aller Interesse ist: Der Sorge um das Wohl von PatientInnen mit wirklichen medizinischen Notfällen.

Markus Knaus, Gemeinderat, Zürich 4/5

## **Contra:** **Für Grundrechte einstehen**

Kein Abstimmungssonntag vergeht, ohne dass eine bestimmte Personengruppe zum grossen Problem hochstilisiert wird. So stimmten wir allein im Verlaufe des letzten Jahres über renitente Asylbewerber, Prostituierte, Hooligans, (Massen-)Zuwanderer, Pädophile und jetzt auch noch über Kampftrinker ab. Gerade wir Grünen liessen uns dabei nie auf diese Randgruppenpolitik ein und blieben bei unnötigen Grundrechtseingriffen standhaft. Diese Haltung ist einmal mehr gefordert.

Diesmal sollen «massiv bessere Arbeitsbedingungen für Polizei und Gesundheitspersonal» starke Freiheitseingriffen und gefährliche Kostenabwälzungsexperimente rechtfertigen. Doch auch bei

der ZAB gilt es genau hinzuschauen. Es handelt sich um nichts weniger als eine Präventivhaft, bei der das Gutdünken von StreifenpolizistInnen genügt, um einer Person die Freiheit zu entziehen.

Begonnen hat dieses Experiment 2009. Damals sorgten sogenannte «Botellones» für Schlagzeilen. Weil ein paar Jugendliche gemeinsame Massenbesäufnisse ankündigten, sahen einige PolitikerInnen den sozialen Frieden bedroht. Da übermässiger Alkoholkonsum alleine noch kein strafrechtliches Vergehen ist, musste eine andere Lösung her, um trinkende Jugendliche wegzusperren – die Geburtsstunde der ZAB.

Hier können schon heute potentielle Eigen- oder Fremdgefährder eingesperrt werden. Weil eine solche Stelle jedoch teuer ist und der politische Wille, einen Trinker-Knast zu finanzieren, klein, beschloss der Gemeinderat auch noch, Teilkosten auf die Inhaftierten abzuwälzen. Ein Novum, da die Polizeiarbeit klar zum staatlichen Grundbedarf gehört und ihre Kosten darum über die Steuern und nicht über Benutzer oder Verursacher gedeckt werden. Dass sogar Linke und einige Grüne dies in diesem Fall anders sehen, verwundert. Es ist wohl auch die Folge von zu vielen Kompromissen, die die ZAB zu einem untragbaren Projekt machen. Stehen wir einmal mehr für Grund- und Freiheitsrechte ein. Bleiben wir standhaft, wenn es um die asoziale Abwälzung von Staatskosten auf Einzelpersonen geht. Sagen wir NEIN zur ZAB.

Luca Maggi, Vizepräsident Grüne Schweiz



# Jung und im Gemeinderat – eine 100-Tage-Bilanz

**Seit Mai dieses Jahres sind wir nun GemeinderätInnen, und mit gerade mal 20 bzw. 28 Jahren gehören wir zu den Jüngsten. Nach 100 Tagen können wir sagen: Ein Parlament ist etwas komplett anderes als Aktionen durchzuführen und Unterschriften zu sammeln.**

Meistens ist es laut, chaotisch und niemand hört zu, so könnte man den Gemeinderat bestens beschreiben. Gäste, die auf der Tribüne Platz nehmen, wundern sich teilweise auch über den hektisch wirkenden Parlamentsbetrieb – und doch sind wir derart effizient, dass uns die Arbeit langsam aber sicher ausgeht.

Trotz des chaotischen Betriebs macht es Spass und Freude, in einem Parlament mitzudiskutieren, immerhin vertreten wir rund 400'000 EinwohnerInnen der Stadt Zürich. Während den ersten Ratssitzungen hört man noch aufmerksam zu und saugt jedes Votum wie ein Waschlappen auf, aber mit der Zeit wird man abgebrühter und hört nicht mehr allen RednerInnen zu, man beginnt politische Allianzen für Vorstösse oder Weisungen zu schmieden.

## Das erste Votum

Und irgendwann kommt für jede Parlamentarierin und jeden Parlamentarier der Moment, an dem es zum ersten Mal ernst gilt: das erste Votum. Zum ersten Mal redet man vor 125 Mitgliedern zu einem politischen Thema. Man bereitet sich penibel genau auf dieses erste Votum vor, man schreibt es auf, manche

lesen es sich selber laut vor. Und das für maximal fünf Minuten, während denen die Hälfte nicht einmal zuhört.

Per Knopfdruck an der elektronischen Abstimmungsanlage kann man sich auf die RednerInnenliste setzen und der eigene Name erscheint auf den Flachbildschirmen, die an den Wänden hängen. Und dann beginnt der Puls zu rasen, man wird nervös, überlegt zweimal, ob man wirklich etwas sagen möchte – und dann ruft die Ratspräsidentin auch schon den Namen auf und plötzlich geht alles ganz schnell. Man schaltet das Mikrofon ein und beginnt zu reden, man redet und redet, versucht dabei genug laut zu sein und nach ein paar Minuten ist es auch schon vorbei. Beim zweiten Mal ist die Aufregung schon geringer und nach dem vierten Votum beginnt es sogar Spass zu machen und man würde sich am liebsten zu jedem Traktandum melden (man sollte es aber nicht übertreiben).

## Die Kommissionen

Für eine Parlamentarierin oder einen Parlamentarier gehört auch die Kommissionsarbeit dazu, und Kommissionsarbeit ist hoch-technisch und hoch-spezialisiert. Bevor man überhaupt zu den

politischen Detailberatungen kommt, muss man sich einarbeiten und das ist je nach Kommission mehr oder minder schwierig. Da heisst es erst einmal: zuhören, nachfragen und nachdenken.

Kommissionsarbeit ist komplett anders als die Grundsatzdiskussionen, die wir von den Jungen Grünen kennen. Dort ging es um Referenden, Volksinitiativen und grosse Zusammenhänge. In der Kommissionsarbeit geht es z.B. um ein Organisationsstatut. Sie ist oft komplizierter, aber nicht minder spannend.

## Der erste Vorstoss

Wir wurden nicht gewählt, um im Rat zu sitzen und Zeitung zu lesen, die WählerInnen dürfen auch etwas von uns erwarten, z.B. parlamentarische Vorstösse. Jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat kann einen Vorstoss einreichen, um damit den Stadtrat zu etwas zu bewegen, oder ihn zu bitten, bestimmte Fragen zu beantworten.

Wir haben auch mehr als genug Ideen, die Frage ist nur, was für ein Vorstoss überhaupt mehrheitsfähig ist, wer mitmacht und wie man den gesamten Rat (oder jedenfalls eine Mehrheit) für sich gewinnt. Vor allem, wenn man einen Vorstoss mit mehreren Parteien machen möchte, kann es eine Herausforderung sein, alle Änderungswünsche in einem Dokument unterzubringen.

## Fazit

Alles in allem ziehen wir eine positive 100-Tage-Bilanz: Die Arbeit im Gemeinderat ist intensiv, wir haben viel gelernt und gemerkt, wie und wo wir am besten Einfluss nehmen können. Wir freuen uns auf die nächsten 1'000 Tage!

Cordula Bieri & Marcel Bührig  
GemeinderätInnen Junge Grüne, Zürich



## Winterthur bleibt Velostadt – trotz allem!

Gemäss der Umfrage von Pro Velo ist Winterthur gesamtschweizerisch um eine Position auf Platz drei der beliebtesten Velostädte abgerutscht. Da ist schon etwas dran. Wer am Puls der Alltagspolitik fühlt hat längst festgestellt, dass es seit vielen Jahren nicht mehr wirklich velowärts ging.

So verursachen am Hauptbahnhof die überfüllten Veloparkplätze viel Ärger bei den NutzerInnen, gar nicht erst zu reden von der noch immer fehlenden Veloverbindung zwischen den beiden Seiten der Geleise.

Immerhin, inzwischen wurden einige wichtige Verbesserungsschritte eingeleitet. Auch dank dem Engagement der Grünen. Eine Querung am HB sollte bis spätestens 2020 realisiert werden können. Ebenfalls bis spätestens dann sollen auch zusätzliche Velostationen bereit stehen.

Im Mai haben die Grünen eine Petition eingereicht, die von 1'400 Personen unterschrieben wurde. Unsere wichtigste Forderung ist die Einführung von Velobahnen für eine umweltfreundliche Verkehrsanbindung der Quartiere an die wichtigen Zentren der Stadt. Vorbilder dazu sind Städte in Holland oder Dänemark wie z.B. Kopenhagen.

Auch in dieser Beziehung sind wir zuversichtlich. Winterthur hat als erste schweizerische Stadt dieses Jahr ein Netz von Velobahnen grundsätzlich beschlossen. Die ersten Teilstücke könnten schon in wenigen Jahren realisiert sein. Dafür werden wir uns mit Sicherheit einsetzen!

Reto Diener, Präsident Grüne Winterthur

# Nachhaltige Impressionen vom Energie-wendefestival

**Vom 4. bis 17. September fand in Rubigen bei Bern das Energie-wendefestival statt. Rund 1'500 BesucherInnen konnten sich mit Kursen, Kultur und feinstem veganem Essen davon überzeugen, dass unsere Zukunft erneuerbar ist.**

Aus dem Bedürfnis, Menschen mit verschiedenem Hintergrund das Thema Energiewende, und wie diese gelebt werden kann, näher zu bringen, wurde die Idee geboren, mit Camp, Kundgebungen und bekannten KünstlerInnen ein fettes Fest zu feiern.

Um dies zu erreichen, setzten sich zwei Organisationen zusammen: Das «Klimacamp», das sich bereits seit einigen Jahren der Vernetzung und Umweltbildung in Form eines jährlich stattfindenden Camps verschrieben hat, und «Menschenstrom gegen Atom», stets bereit, motivierte Menschen auf die Strasse zu bringen um lautstark gegen die Atomkraft zu protestieren.

Gesagt, getan! So entstand ab dem 3. September neben der Mühle Hunziken ein schnell wachsendes Zeltlager mit Solarduschen, Kompostklos, Zirkuszelten und grosser Bühne. Natürlich durfte auch die grosse Küche, die die hungrigen Gäste fast rund um die Uhr mit bestem veganem Essen versorgte, nicht fehlen. Alles dies wurde nur dank

dem Einsatz von Freiwilligen sowie Spenden und Solidaritätsbeiträgen aus dem Umfeld des diesjährigen und bereits vergangener Camps ermöglicht.

## Volles Programm

Nebst diversen Kursen zu Themen wie Foodwaste, Energieeffizienz oder des Peak Oil, konnten namhafte KünstlerInnen wie Steff la Cheffe, Greis und viele andere die Massen begeistern. Im Rahmen des Wochenendprogramms wurde am Samstag der Energie-Umbruch mit dem dynamischen Menschenbild – Atom wird zu Windrad – visualisiert.

«Es war schön. Ich komme wieder» meinte Andreas lächelnd, als wir ihn nach einem Fazit fragten.

Was an diesen zwei Wochen vorgelebt wurde, beweist einmal mehr, dass die Energiewende längst umsetzbar ist.

Regula Sterchi und Niklaus Kappeler, Kantonsratskandidierende Winterthur



# Ecoflop

**Auch dieses Jahr haben sich die Jungen Grünen wieder am Lauf gegen Rassismus beteiligt. Das bringt nicht nur Geld für eine gute Sache, sondern setzt ein wichtiges Zeichen – umso mehr, als wir kurz vor der Abstimmung über die Ecopop-Initiative stehen.**

Die Jungen Grünen waren auch dieses Jahr wieder beim Lauf gegen Rassismus dabei. Unser Team schaffte ganze 147 Runden in 50 Minuten. Der Lauf gegen Rassismus ist zu einem festen Bestandteil in der Agenda der Jungen Grünen geworden.

Die Vielfalt unserer Gesellschaft ist eine Bereicherung für die Bevölkerung. Eine durchmischte Gesellschaft ist die Zukunft dieser Welt. Deshalb ist es den Jungen Grünen ein grosses Anliegen, sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft einzusetzen.

## **Ecopop schränkt gesellschaftliche Vielfalt ein – anstatt den Ressourcenverbrauch**

Die Ecopop-Initiative würde die Vielfalt der Gesellschaft brutal einschränken. Obwohl es erwiesen ist, dass die Industriestaaten viel mehr Energie und Ressourcen verbrauchen als die Entwicklungsländer, suchen die InitiantInnen die Ursache für das Verbauen der Landschaft und die hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei EinwanderInnen und den Menschen in den Drittweltländern.

Anstatt die Schweiz zu isolieren und keine Menschen mehr rein zu lassen sollten WIR unseren Emissionen und unseren Landverbrauch drastisch reduzieren. Es sind nicht die Menschen in den Entwick-

lungsländern die alle ein eigenes Auto besitzen. Die Schuld bei den «Anderen» zu suchen ist immer sehr einfach.

## **Bei Zersiedelung und Konsum ansetzen**

Die Schweiz hat Platz für viele Menschen und kann gleichzeitig das Landschaftsbild schützen. Im Weg steht aber der immer stärker wachsende Platzanspruch der einzelnen Person. Das Problem ist die Zersiedelung und das ununterbrochene Konsumieren von qualitativ schlechten Produkten. Da müssen wir anpacken. Eine schlaue Raumplanung, neue Wohnformen müssen her. Beginnen wir wieder zusammen zu leben, hören wir auf Hecken um unsere Einfamilienhäuser zu pflanzen und die Zäune an den Grenzen aufzustocken. Nehmen wir den Menschen die Angst vor dem Fremden und zeigen wir ihnen wie sinnvoll es ist in langlebige Produkte zu investieren.

Damit wir der 2000-Watt-Gesellschaft näher kommen, braucht es ein Umdenken in der Bevölkerung. Der Weg zu diesem Umdenken ist lang und schwierig. Klar ist aber, dass die Ecopop-Initiative ein wahrhaftiger Ecoflop ist. Bekämpfen wir diesen Wahnsinn und arbeiten wir an WIRKLICH sozialen, grünen und nachhaltigen Ideen.

Elena Marti, Präsidentin Junge Grüne Stadt Zürich

## **Nein zu einem zweiten Gotthard-Strassentunnel**

Es zeichnet sich ab, dass wir im kommenden Frühling erneut darüber abstimmen, wieviel Verkehr zukünftig durch den Gotthard-Strassentunnel geführt werden darf. Geschickt wird im Hinblick auf die notwendige Sanierung des bestehenden Tunnels ein neuer Tunnel gefordert.

Diese Mogelpackung stinkt jedoch zum Himmel. Einerseits kostet ein neuer Tunnel (der ebenfalls regelmässig saniert werden muss) deutlich mehr als eine Teilspernung mit einem Bahnverlad durch den Eisenbahnscheiteltunnel.

Andererseits hat auch die Glaubwürdigkeit von Bundesrätin Doris Leuthard in dieser Frage stark gelitten. Im Jahr 2012 sagte sie noch: «Wir bauen kaum zwei Tunnel und lassen je eine Spur leer» und bezeichnete einen solchen Plan als «scheinheilig». Zwei Jahre später möchte sie nun genau das durchsetzen.

Die Jungen Grünen unterstützen daher das Referendum unter der Leitung der Alpeninitiative. Als Lösung wird eine Winterspernung mit Bahnverlad im Eisenbahnscheiteltunnel vorgeschlagen. Da dieser Tunnel nach der Eröffnung der NEAT genügend Kapazität hat, ist dies eine plausible und kostengünstige Variante.

Wir fordern zudem, dass sämtliche Lastwagen endlich mit der Bahn durch die Alpen transportiert werden. Zudem kann die Verladestation nach Sperrung weiter genutzt werden. Dadurch leistet auch der Personenverkehr seinen Anteil an der Reduktion der Emissionen in den beiden Alpentälern.

Raphael Schär,  
Geschäftsleitung Junge Grüne Zürich



# Tatkraft statt Beliebigkeit

**Am 25. August haben die Grünen Martin Graf für die Regierungsratswahlen 2015 nominiert. Mit ihm haben wir ausgezeichnete Voraussetzungen dafür, unseren Sitz in der kantonalen Exekutive zu verteidigen. Wir sind überzeugt, dass wir mit Martin einen initiativen, kompetenten und kooperativen Regierungsrat stellen und freuen uns auf einen aktiven Wahlkampf mit ihm.**

Liebe Grüne, die Amtsdauer 2011–15 ist noch nicht zu Ende, bis zu den nächsten Wahlen steht noch einiges auf der Agenda. Ich freue mich, bereits heute meine Bereitschaft bekannt zu geben, eine weitere Amtsdauer im Regierungsrat mitzuwirken. Die Arbeit im «Gemischtwarenladen» meiner Direktion ist intensiv, abwechslungsreich und spannend.

Wenn Ihr mich für die nächsten Wahlen unterstützt, dann wählt Ihr faktisch ein Antiprogramm zur Beliebigkeit. Ich sage meist ziemlich deutlich, was ich meine – auch wenn es Einzelnen oder gar Bischof Huonder nicht passt. Mit mir habt Ihr keinen Gartenzwerg als Grüne Dekoration. Was ich sage, entspricht meiner inneren Überzeugung. Was ich tue, ist das, was ich verantworten kann und will. Das tue ich gerne weiterhin als Regierungsrat.

Eine Regierungsbeteiligung ist für uns Grüne enorm wichtig. In einer Direktion besteht ein grosser eigener Handlungsspielraum, in der Regierung laufen Entscheide nicht immer entlang von Parteirichtlinien. Und – nicht zu vergessen: zusammen mit den beiden Sitzen der SP stellen wir fallweise eine starke Minderheit, die erheblich Einfluss nehmen kann.

Für Euch ist es wichtig, zu wissen, welche politische Grundhaltung mein Wirken prägt: natürlich eine «Grüne», der Nachhaltigkeit verpflichtete. Ich plädiere

dafür, dass jeder Mensch das Recht auf einen Platz in dieser Welt hat, ein Recht auf Existenz, existenzielle Sicherheit und rechtsstaatlichen Umgang. Im Gegenzug erwarte ich von jeder und jedem einen respektvollen Umgang und einen Beitrag an eine funktionierende Gesellschaft.

Als Verantwortlicher für einen Viertel der Schweizer Gefängnisplätze bedeutet dies beispielsweise, Straftäter so zu betreuen, dass sie kein Risiko für die Gesellschaft mehr darstellen. Die meisten haben begrenzte Strafen, wenn sie herauskommen, wollen wir möglichst nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Reintegration in die Gesellschaft hat also Priorität.

Den 360'000 AusländerInnen in unserem Kanton will ich eine Willkommensgesellschaft und Unterstützung bieten, damit sie sich möglichst rasch bei uns zurechtfinden. Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sollen raschmöglichst in die Erwerbstätigkeit einsteigen können und wollen. Integration ist ein zentraler Schwerpunkt in meiner Direktion.

In der Kommunalpolitik will ich starke, eigenständige, aber auch eigenverantwortliche Gemeinden. Statt über Anschlussverträge die Demokratie auf kaltem Weg weiter auszuräumen oder über fehlende Finanzen zu jammern, müssen sie auch über die eigenen Strukturen und Prozesse nachdenken.

**Es geht mir also bei allem, was ich in der Exekutive tue, um eine Politik des gegenseitigen Respektes und der Toleranz, um eine Politik des Ausgleichs, eine Politik der Chancen und der Lebensqualität, ja ureigentlich um eine Politik für alle. Eine Politik, die lebt. Und es geht mir um eine Politik der Verantwortung, die Verfassungs- und Völkerrecht achtet.**

Das will ich heute und auch in Zukunft. Mit meiner Kandidatur für eine weitere Amtsdauer will ich Euch in der Regierung weiterhin vertreten, will mich einsetzen für ein nachhaltiges und liberales Zürich.

Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind nicht zu unterschätzen. Wir werden massiv mehr investieren müssen in unsere in die Jahre gekommene Infrastruktur, namentlich im Bildungs- und Gesundheitssektor. Wir werden auch in Gefängnisse investieren müssen, in E-Government und digitalisierte Verwaltungsabläufe. Und wir werden investieren müssen in ein Staatsverständnis, das die kollektive Selbsthilfe und Wahrnehmung kollektiver Verantwortung auf jeder Stufe ins Zentrum stellt.

Es bleibt also viel zu tun! Gerne stehe ich dafür zur Verfügung und bin bereit für die Aufgaben, die auf mich warten.

Martin Graf, Regierungsrat Grüne  
(Auszüge aus der Nominationsrede)



**«Martin reklamiert und jammert nicht. Er machte sich an die Arbeit und wuchs in sein neues Amt hinein. Man merkt ihm an, dass er seine Arbeit gern macht.»**

Esther Guyer,  
Fraktionspräsidentin Grüne Kanton Zürich

# Politik im Wandel der Zeit – Wahlkampf 2.0

**Vor einigen Monaten durfte ich die Betreuung der Grünen Accounts auf Facebook und Twitter übernehmen. Gemeinsam mit Ulla Blume, der Geschäftsführerin der Grünen Kantonalpartei, wird in den sozialen Medien über die Grünen Zürich aktiv und dem jeweiligen Medium gerecht über die Grünen Zürich kommuniziert. Einige Gedanken dazu.**

Etwas vom Spannendsten auf Twitter und Facebook ist ganz klar die zeitnahe Kommunikation. Es ist möglich, beinahe in Echtzeit der Welt mitzuteilen, was wir gerade tun. Rennt Balthasar Glättli gerade am Lauf gegen Rassismus? Schiesst Cordula Bieri soeben ihr erstes Selfie im Gemeinderatssaal? Hält Martin Graf in diesem Moment eine feurige Rede an der Grünen Mitgliederversammlung? Ganz egal, was die Grüne Bewegung im Kanton Zürich gerade macht – wir teilen es der Welt innert Sekunden mit, inklusive Bildmaterial und passendem #Hashtag.

## Transparent und öffentlich

Zwei weitere spannende Aspekte der sozialen Medien: Öffentlichkeit und Transparenz. Verfassen die Grünen heute ein Statement zu den Kantonsratswahlen, geht dieses Statement nicht nur an eine Auswahl von JournalistInnen, die dann entscheiden, ob unsere Ansichten in der Tagespresse von morgen erwähnt werden. Nein, dieses Statement geht an alle, die sich in der virtuellen Welt rumtreiben und sich für uns interessieren. Und mit jeder «Gefällt mir»-Angabe, mit jedem Retweet und mit jedem Mal Teilen werden es mehr. Die sozialen Medien können eine überwältigende Kraft auslösen. Dies

allerdings nicht nur zum Guten. Als der Grüne Badener Stadtammann Geri Müller im Kreuzfeuer der Medien stand, hat der offizielle Twitter-Account der Grünen Aargau sehr unüberlegt gezwitschert. Das darf uns nicht passieren. Das wird uns nicht passieren. Sobald es auch nur im Ansatz heikel wird, diskutieren Ulla und ich, wie wir adäquat kommunizieren – oder ob wir es lassen. Ausserdem bin ich nicht ganz unerfahren: Bereits für das Referendum gegen die Asylgesetzrevision, das Referendum gegen das «Hooligan»-Konkordat, die Jungen Grünen Zürich & Schweiz, sowie für das Solinetz Zürich war und bin ich Social Media-Manager und bringe einiges an Erfahrung mit.

## Klassischen Wahlkampf ergänzen

Es ist allerdings auch klar: Die sozialen Medien sind lediglich eine Ergänzung zum klassischen Engagement. Wir können zwar ein Foto hochladen, wie Daniel Leupi Wahlkampf auf der Strasse macht – wir können diesen Wahlkampf aber auf keinen Fall ersetzen. Aber genau darum geht es: Wir wollen den Menschen, die soziale Medien nutzen (und das sind seit dem Siegesfeldzug des Smartphones unglaublich viele) zeigen, wer wir Grüne

sind und was wir tun. Und wir wollen es ihnen täglich in Erinnerung rufen.

## Politik findet vermehrt online statt

Als Barack Obama bei Twitter ein Bild in inniger Umarmung mit seiner Frau und den Text «Four more years» verschickte, wurde das binnen weniger Minuten hunderttausendfach retweetet. Bei Facebook klickten Millionen Menschen auf «Gefällt mir» – so viele wie noch nie zuvor bei einem anderen Bild. Man sagt, dass Obamas grosser Vorteil im Wahlkampf gegenüber seinen republikanischen Kontrahenten sein Auftritt in den sozialen Medien war. Das zeigt: Die Politik der Zukunft findet vermehrt auch online statt. 2015 geht es um Sitze im Kantons- und Nationalrat, sowie um den Sitz unseres Regierungsrats Martin Graf. Der virtuelle Wahlkampf wird immer wichtiger und ich bin hochofret, dass sich die Grünen so offen zeigen für ihr virtuelles Dasein. Für die wichtigen Wahlkämpfe im kommenden Jahr sind wir bereit!



Yannick Zryd,  
Vorstandsmitglied  
Grüne Stadt Zürich



**Zeitnah kommunizieren.  
Öffentlichkeit generieren.  
Transparenz schaffen.**

**Vernetze dich mit uns!**



/gruenezuerich



@GrueneZuerich

# Grünkohl

## Projekt Freie Schulen

Endlich! Die Junge SVP erkennt den Ernst der Lage und nimmt einen Anlauf, um unsere Kinder aus dem Würgegriff linker Pädagogen und falscher Ideologen zu befreien. Grünkohl bringt exklusiv eine Auswahl der wichtigsten Meldungen von patriotischen SchülerInnen auf [www.freie-schulen.ch](http://www.freie-schulen.ch):

Toll! Endlich eine Wepsite, die sich nicht um Ortografi kümert. Meine Lererin, diese linke Sau, will nämlich immer, das wier richtig schreiben. Aber imer will sie befehlen, was richtig ist. Tamisiech!

Ich bin froh, dass endlich einmal jemand diese unerträgliche Mörgelilüge thema-

tisiert. In unserer Schule wird andauernd gegen meinen Onk gegen diesen klugen und feinsinnigen Menschen gehetzt. Das muss ein Ende haben!

Liebe JungSVP. In Geschichte hat der Lehrer, dieser linke Stinker, noch kein Wort über unseren Führer verloren. Man stelle sich vor: Stalin, Pol Pot, Schneider Ammann – alle kamen schon vor, nur über Dr. Blocher kein Wort! Nieder mit der Geschichte – freie Sicht auf Herrliberg!

Liebe Junge SVP, andauernd müssen wir in Medienkunde die Weltwoche lesen. Ehrlich, das hält doch kein Schwein aus. Die unterstützen ja sogar diesen Geri Müller!! Linkes Gesocks!

Kinder in Christo! Ich bin unendlich froh, dass endlich jemand seine Stimme gegen diese unerträgliche und gottlose Frühsexualisierung erhebt. Fürchtet euch nicht! Denn eher wird ein Kamel Schulleiter, als dass wir aufhören, Kinder zu lieben. Euer Franziskus.

Boah ey, unser Lehrer, dieser Anarcho, hat doch tatsächlich behauptet, Punks verprügeln sei inakzessabel oder so'n Scheiss. Ey Alter, das kann man sich doch nicht bieten lassen. Tut was, ihr Säcke!

Libe leute, schpinat in der mensa ist linggs und zum kotzen. Und die spiralnudlen sind immer linksgewickelt! Gopf!

G. Kohl

# Agenda

Mehr Infos auf [www.gruene-zh.ch/veranstaltungen](http://www.gruene-zh.ch/veranstaltungen)

## Grüne Kanton Zürich

**23. Oktober 2014, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Cevi Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich, Raum «London»

**8. Dezember 2014, ab 18:00 Uhr**  
**Weihnachtsapéro**

Restaurant zur Schipfe, An der Schipfe, Zürich

## Grüne Winterthur

**25. Oktober 2014, 14:00 – 17:30 Uhr**  
**Wirtschaft ohne Wachstumszwang**

Alte Kaserne, Technikumstr. 8, Winterthur, mit Niko Paech, Hanspeter Guggenbühl, Balthasar Glättli, Katrin Muff

**28. Oktober 2014, 19:30 – 21:30 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Kongresszentrum Liebestrasse, Winterthur  
Nomination Kantonsratswahlen 2015

## Junge Grüne

**7. November 2014, 19:00 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

## Grüne Stadt Zürich

**28. Oktober 2014, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Quartierzentrum Aussersihl, Hohlstrasse 67  
Lesung Balthasar Glättli «Die unheimlichen Ökologen»

**18. November 2014, 19:30 Uhr, anschliessend Apéro**  
**Soirée fixe für Mitglieder und Interessierte**

Volkshaus, Grüner Saal, Dieter Steiner stellt seine Biographie über Rachel Carson, Pionierin der Ökologiebewegung vor

**6. Januar 2015, Vorankündigung**  
**Drei-Königs-Apéro**

## Grüne Uster

**15. November 2014, 19:00 Uhr, Türöffnung 18:30 Uhr**  
**Grüner Ustertag 2014 «ECOPOP- Nein danke!»**

frjz, Freizeit- und Jugendzentrum, Zürichstrasse 30, Uster  
Mit Nationalrat Balthasar Glättli («Die unheimlichen Ökologen») und der Slampoetin Sophie Bischoff, Diskussion und Musik

**19. November 2014, 20:00 Uhr**  
**Mitgliederversammlung**

Gemeinschaftsraum, Forchstrasse 22A, Uster, Referat von Heinz Girschweiler, Journalist, zu «Alternatives Bodenrecht»

## Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2'300 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Kathy Steiner, Matthias Probst, Röbi Brunner, Res Marti, Markus Knauss, Luca Maggi, Cordula Bieri, Marcel Bührig, Regula Sterchi, Nikolas Kappeler, Elena Marti, Raphael Schär, Martin Graf, Yannick Zryd, Markus Kunz. Bildnachweise: S. 1: kallejipp / photocase.de, S. 2: Andreas Locher, S. 4: Tillidin / photocase.com, S. 5: Andreas Wolf, S. 6: gabs0110 / photocase.de, S. 7: Heiko Hoffmann, S. 8: Chrigl Schmutz, S. 9: Junge Grüne, S. 10: Heiko Hoffmann, S. 11: <http://beasocialclimber.com>. Design: artischock.net Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO<sub>2</sub>-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.